

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1925

137 (17.6.1925) Badischer Zentralanzeiger für Beamte Nr. 24

Badischer Zentralanzeiger für Beamte

Anzeigebblatt für die sozialen und wirtschaftlichen Bedürfnisse der Beamten / Beilage zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger
Organ verschiedener Beamten-Vereinigungen.

Nr. 24

Bezug: Erscheint jeden Mittwoch und kann einzeln für 10 Pfennig für jede Ausgabe, monatlich für 60 Pfennig zuzüglich Porto, vom Verlage Karlsruhe i. B.,
Karlsruherstraße 14, bezogen werden.

17. Juni 1925

6. Rheinischer Beamtentag

Der 6. Rheinische Beamtentag wurde durch den Vorsitzenden des Landesverbandes Rheinland an Vormittag des 2. Mai um 10 Uhr im Kurhaus zu Aachen-Burtscheid eröffnet. Zu der Tagung hatten die Ortsstellen des besetzten Gebietes, sowie die dem Deutschen Beamtentag angeschlossenen Säulen über 800 Vertreter entsandt. Die starke Beteiligung der Provinzial- und Landesstellen aus ganz Deutschland war deutlicher Beweis ihres kameradschaftlichen Empfindens für die Kollegen an Rhein und Ruhr. Zahlreich waren die Lokal-, Provinzial-, Staats- und Reichsbehörden sowie politischen Parteien vertreten. Als Vertreter der Behörden nahmen an der Tagung teil:

Min. Dir. Dr. Brecht vom Reichsministerium des Innern, der Regierungspräsident von Aachen, der Reichsbahndirektor von Aachen, Landesrat Jülkins als Vertreter des Landeshauptmanns der Rheinprovinz, der Präsident der Oberpostdirektion in Aachen, Herr Oberpostrat Vacus in Aachen, Kreisoberinspektor Gromen als Vertreter des Landrats Aachen, Oberpostrat Thiele als Vertreter der Oberpostdirektion Köln, ferner der Landtagsabgeordnete Berg, Köln, sowie Frau Dr. Amalie Bauer, M. d. Pr. L., Berlin. In ihrem Namen sprach Herr Ministerialdirektor Dr. Brecht:

„Der Begriff „Bohlerworbene Rechte der Beamten“ ist unklar gewesen, er hat dank der unermüdbaren Arbeit des Deutschen Beamtentages feste Formen angenommen. In den letzten Monaten haben sich schwerwiegende Ereignisse abgespielt, die auch für die Beamten von Bedeutung waren. Der Londoner Pakt brachte durch den Fortfall des Einruhrverbots wesentliche Erleichterungen. Dann kam aber die schwere Enttäuschung, namentlich für die Beamten der Kölner Zone, über die Nichträumung der nördlichen Zone. Unbeschadet der unterschiedlich parteipolitischen Einstellung der Beamtenschaft darf behauptet werden, daß der verstorbenen Reichspräsident Achtung und Liebe in den weitesten Kreisen genossen. Das Vertrauen in die Persönlichkeit des neuen Reichspräsidenten, des Herrn von Hindenburg, wird keine Enttäuschung bringen. Wenn es sich um das Ansehen Deutschlands handelt, muß alle Gegnerschaft begraben werden. Sich nach beendeter Kampfe die Hand zu drücken, ist eine schöne Gewohnheit des Sportes, die im allgemeinen Leben ebenfalls Anwendung finden dürfte.“ Er schloß mit einem warmen Appell an die Kameradschaft. Zusammenarbeit aller rheinischen Beamten. Namens der Stadt Aachen dankte Bürgermeister Widmann-Aachen dem Landesverband dafür, daß er den Beamtentag nach Aachen einberufen hat. Der Vorsitzende des Ortsstellens Aachen, Franzen, gab seiner Freude Ausdruck über den zahlreichen Besuch in der alten Kaiserstadt. Bundesvorsitzender Hügel dankte dem Landesverband für das Freigeldnis: „Solange es einen Landesverband gibt, solange wird der Deutsche Beamtentag ihm die Treue halten.“ Studienrat Kühn (Weimar), der Vorsitzende der Provinzial- und Landesstellen im Deutschen Beamtentag, brachte die Grüße der Provinzial- und Landesverbände im Deutschen Beamtentag.

Der Vorsitzende des DBB, Hügel, erhielt das Wort zu sei-

nem Vortrag: „Die Politik des Deutschen Beamtentages“, die, hier kurz zusammengefaßt, besteht in der Erhaltung des Berufsbeamtentums auf öffentlich-rechtlicher Grundlage und der Unverletzlichkeit der in der Reichsverfassung gewährleisteten Grundrechte.

Zur Beamtentbesoldung wurde folgende Entschliebung

angenommen:

Der 6. Rheinische Beamtentag hat mit Bedauern und Enttäuschung von dem unbefriedigenden Ausgang der Besoldungsverhandlungen Kenntnis genommen. Die Rheinische Beamtenschaft ist aufs höchste beunruhigt.

Er weist ausdrücklich auf den Unterschied hin, der zwischen den Anfang Januar von den Parteien gestellten Anträgen und den bis jetzt gefaßten Beschlüssen besteht. Er besitzt kein Verständnis für die Tatsache, daß die bei einem Teil der Angeestellten und Arbeiter zur Zeit bestehende schlechte Bezahlsveranlassung sein soll, die von der Regierung und allen Parteien anerkannte Notlage großer Beamtenschichten trotz günstiger Finanzlage des Reiches auf ungewisse Zeit fort-dauern zu lassen.

Er betont mit allem Nachdruck die Dringlichkeit der auch von der Regierung und den Parteien für notwendig gehaltenen umfassenden Neuregelung der Bezüge.

Er dankt dem Deutschen Beamtentag für die in den letzten Monaten auf diesem Gebiet geleistete sachliche Arbeit und ersucht ihn, sofort erneut und eindringlich bei den Parteien des Reichstages vorzutreten, damit diese endlich ihre Zusage erfüllen und der Beamtenschaft eine den Preisverhältnissen angepaßte Lebenshaltung ermöglicht wird.

Die Änderungen des Lohnabzugs ab 1. Juni 1925

Nachdem nunmehr der Abschluß über die vom Steueraus-schuh des Reichstages geplanten Änderungen des Steuerab-zuges vom Arbeitslohn vorliegt, haben zufolge Blättermel-dungen nunmehr der Reichsrat und Reichstag diese Änderun-gen veröffentlicht mit der Maßgabe, daß dieselben erstmals ab 1. Juni 1925 in Kraft treten. Diefem neuen Gesetz lie-gen im wesentlichen die Erhöhung des steuerfreien Lohnbe-trages und der weitere Ausbau des Kinderprivilegs als Haupt-motive zugrunde.

Der steuerfrei Lohnbetrag, der bisher 60 RM. monatlich (15 RM. wöchentlich ufw.) betrug, wird nunmehr erhöht auf 80 RM. monatlich, 18,60 RM. wöchentlich, 3,10 RM. bei Zah-lung des Arbeitslohnes nach vollen Arbeitstagen und 0,80 RM. bei Zahlung des Arbeitslohnes in kürzeren Zei-träumen, und zwar für je zwei angefangene oder volle Ar-beitstagen. Die Berücksichtigung der unterhaltspflichtigen Personen wirkt sich in Zukunft bei Gegenüberstellung der bisherigen Abzug wie folgt aus:

1. Betrag der Arbeitslohn eines verheirateten Arbeitneh-mers monatlich nicht mehr als 250 RM. oder wöchentlich 60 RM., oder täglich 10 RM., oder zweifwöchentlich 2,50 RM., so ermäßigt sich der zehnprozentige Steuerfuß:

nunmehr	bisher
a) für die Ehefrau um 1 v. H.	1 v. H.
b) für das erste minderjährige Kind 1 v. H.	1 v. H.
c) für das zweite minderjährige Kind 2 v. H.	1 v. H.
d) für das dritte und jedes weitere auf der Steuerkarte vermerkte minderj. Kind 2 v. H.	1 v. H.

2. Übersteigt nun bei einem verheirateten Arbeitnehmer der verdiente Monats-, Wochen-, Tages- oder Stundenlohn die unter 1. angeführten Beträge, so ermäßigt sich der zehnprozentige Steuerfuß wie folgt:

nunmehr	bisher
a) für die Ehefrau um 1 v. H.	1 v. H.
b) für das erste minderjährige Kind 1 v. H.	1 v. H.
c) für das zweite minderjährige Kind 1 v. H.	1 v. H.
d) für das dritte und jedes weitere auf der Steuerkarte vermerkte minderj. Kind 2 v. H.	1 v. H.

Dieselben Ermäßigungen, die für minderjährige Kinder verfügt sind, gelten auch für mittellose Angehörige, soweit die steuerliche Berücksichtigung derselben durch das Finanzamt auf der Steuerkarte vermerkt ist.

Diese neuen Bestimmungen gelten für alle Lohnzahlun-gen, die für eine nach dem 31. Mai 1925 erfolgte Dienststel-lung bewirkt werden.

Vertretertag der Württembergischen Vereinigung der oberen Reichspost- und Telegraphenbeamten

Am 17. Mai fand in Stuttgart der Vertretertag der würt-tembergischen Vereinigung der oberen Reichspost- und Tele-graphenbeamten statt. Als geladene Gäste waren erschienen der Vorsitzende des Bundes der Inspektoren und Amtmänner, Herr Ministerialratmann Widmann, Berlin, der Vorsitzende des DBB, Herr O.P.J. Interwies und der Vorsitzende des Bayr. Postbeamtenvereins, Herr H.J. Müller, München. In einem großzügig angelegten Referat beleuchtete der Vorst-ze der württembergischen Vereinigung, Herr O.P.J. Bester-maher-Stuttgart, die brennendsten Fragen unseres Standes. Seine Ausführungen über Besoldung, Beförderung, Beam-tenrecht, Vorbildung, Dienstpostenbewertung und Arbeits-zeit fanden ungeteilten Beifall. Herr Widmann überbrachte die neuesten Ständesnachrichten aus der Reichshauptstadt. Leider konnte er über die für uns so wichtige Besoldungs-frage lediglich berichten, daß die Reichsregierung und der Reichstag sich gegenwärtig mit einer Denkschrift über die Be-amtenbesoldung beschäftigen. Im Verlauf der Tagung ergab sich völlige Hebereinfimmung in den Zielen der drei Stän-desorganisationen. In gemeinsamer Arbeit werden die Ver-trustungen der gehobenen mittleren Postbeamten im alten Reichspostgebiet, in Bayern und in Württemberg dahin-wirken, daß die rüchständigen Personalverhältnisse der Reichs-post an die Beförderungsverhältnisse der in diesem Punkte weit vorausgeeilten übrigen Verwaltungen angeglichen wer-den.

Was der Beamte für Familie u. Haushalt benötigt

Kunsthaltung Wandschmuck
für jeden Geschmack
in reichster Auswahl
MOOS
KAISERSTR. Nr. 187 Eigene Werkstätte für
TELEPHON Nr. 994 Einrahmungen 406

Möbel
Speisezimmer
Herrenzimmer
Schlafzimmer
Küchen
einzelne Möbelstücke
in bekannt großer Auswahl im Möbelhaus
Maier Weinheimer
Karlsruhe Zahlungs-erleichterung. Kronenstr. 32
Kein Laden, daher billigste Preise

Spenglers Geschichts-Philosophie
Eine Kritik
Von
Prof. Dr. KARL SCHÜCK
Preis M. — 75
Verlag G. Braun, Karlsruhe i. B.

Karlsruher Lebensversicherungsbank A.-G.
Unsere Vertreter vermitteln alle Arten Versicherungen.

Herren- u. Damenräder
nur gute Marken, mit Garantie, bereits bei
20 Mark Anzahlung
prompt lieferbar. Verbände Sonderrabatt
Vertreter: **M. Burkert**
Kein Laden **Karlsruhe, Waldstr. 8** Kein Laden

Pertschin
die Universalmittel geg. Schwa-ben, Russen, Ameisen, Wanzen, Motten, Ratten und Mäuse.
1000fach seit 15 Jahren empf.
Versicherung u. Unge-ziefersrotungsabtr.
Oskar Pertsch, Luisenstr. 4
Telephon 4205
Sämtl. Desinfektionen werden reell fachm. auch selbst besorgt

Sie gehen den richtigen Weg!
Kaufen Sie Ihre
DAMEN-KINDERHÜTE
bei **WILHELM, KAISERSTR. 205**

Nur noch Philippstr. 19
(Keinen Laden mehr)
ist das seit 25 Jahren bestehende
Möbel- u. Betten-Haus
Heinrich Karrer
Straßenbahnlinie 1 und 2
Eigene Schreinerei und Polsterwerkstätte
Kein Laden — daher billige Preise
Große Auswahl in Qualitätsmöbel aller Art
Zahlungs-Erleichterung
Bitte genau auf die Firma zu achten
Karlsruhe - Mühlburg

Bezugsquellen für den Bedarf der Behörden

Stempel-Herdle
Waldstr. 44 **KARLSRUHE** Telefon 1133
Kautschuck-, Metall- und Signier-Stempel, Email- u. Metallschilder
Sämtliche Stempelstempel
Rascheste Lieferung

G. BRAUN KARLSRUHE
vormals G. Braunsche Hofbuchdruckerei und Verlag
Karlsruherstraße 14
Herstellung von Druckerarbeiten
für staatliche und städtische Behörden

GEBRÜDER BACHERT
KARLSRUHE I. B.
Luisenstr. 5 Tel. 443 452
Glocken- und Metallgiesserei
Eisen- und Tempergiesserei

Internationale Polizeitechnische Ausstellung Karlsruhe i. B.

7. Juni bis 24. Juni 1925 in der Städt. Ausstellungshalle

Sonderbeilage zur Karlsruher Zeitung (Badischer Staatsanzeiger)

Tagung der deutschen Gendarmeriebeamten

Aus Anlaß der Internationalen Polizeitechnischen Ausstellung hielt der Reichsbund der Gendarmeriebeamten Deutschlands seinen ursprünglich für Stuttgart geplanten, aus dem ganzen Reich außerordentlich gut besuchten 5. Vertretertag in Karlsruhe ab.

Der Bundesvorsitzende Maas-Berlin eröffnete die Verhandlungen im kleinen Beisitzsaal mit einer kurzen Ansprache, worin er insbesondere den Vertreter der badischen Regierung und Ausstellungskommissar, Oberregierungsrat Dr. Wark, die Abgeordneten verschiedener Parteien des Landtages und zahlreiche Persönlichkeiten begrüßte, die eine leitende Stellung in der Gendarmerie bekleiden. Auch konnte er den Regierungsinспекtor Hofmann aus Wien als Vertreter der österreichischen Berufsvereinigung der Gendarmeriebeamten willkommen heißen. Der Redner dankte der badischen Regierung namens der deutschen Gendarmerie dafür, daß sie mit Ansehen und Mühe die Ausstellung veranstaltet habe, die ein ausgezeichnetes Bild von der Bedeutung, Wichtigkeit und Gefahr des Polizei- und Gendarmendienstes gebe, einer Erkenntnis, die hoffentlich dazu beitragen werde, daß auch dem Gendarmenstand eine bessere Würdigung und wirtschaftliche Besserstellung zuteil wird, als dies bisher der Fall war. Er forderte in diesem Zusammenhang auch zu einer lebhaften Beteiligung an der nächsten Jahr im September von Preußen auszugehen Ausstellung in Berlin auf.

Darauf ergriff Oberregierungsrat Dr. Wark das Wort, um die Tagung namens des badischen Innenministers herzlich zu begrüßen. Die Ausstellung sei nicht allein das Werk der Behörden. Ohne die förderliche und geistige Eingabe der Beamten selbst, wäre es keineswegs gelungen, das Werk in dieser Ausmaßung zustandzubringen. Das Bestreben müsse dahin gehen, Gendarmerie und Polizei als gleichwertige Glieder unseres Sicherheitsdienstes fortzuentwickeln und nebeneinander zu stellen als Brüder im gemeinsamen Kampf gegen das Verbrechen.

Unter lebhaftem Beifall entbot dann Regierungsinспекtor Hofmann die Grüße der österreichischen Kollegenschaft.

Oberregierungsrat Dr. Schulze sprach als Vertreter der hiesigen Regierung.

Nachdem der Vorsitzende des Verbandes der preussischen Landjägerbeamten die Leitung der Verhandlungen übernommen hatte, wurde in die Tagesordnung eingetreten.

Bundesvorsitzender Maas referierte über die Einstufung von 1920 und die weitere Entwicklung. Er besprach namentlich die nachteiligen Wirkungen des Besoldungsstoppgesetzes, das verhindert habe, daß die Gendarmen in den einzelnen Ländern in der gelübten Bewertung den Beamten der Reichsfinanzverwaltung, hauptsächlich denen der Zollverwaltung, mit welchen sie vor dem Kriege auf einer Stufe standen, gleichgestellt wurden. Der Referent forderte als Eingangsstufe für die Gendarmenbeamten die Gruppe V und die entsprechende Aufstiegsmöglichkeit in andere höhere Gruppen. Er stellte dabei fest, daß in den süddeutschen Ländern die Gendarmenbeamten in gewisser Beziehung günstiger gestellt seien, als es in Preußen der Fall sei. Der Redner unterzog im Laufe seiner Ausführungen speziell die Tätigkeit des Reichsgerichts und die Haltung des Reichsfinanzministers gegen seine Vertreter bei Berufungen und Einsprüchen der Kritik. Er schloß, indem er die Hoffnung ausdrückte, daß die Gendarmenbeamten in dem Kampfe um ihre Besserstellung die willige Unterstützung der Landesregierungen finden werden.

Gendarmenoberwachmeister Ludwig-Karlsruhe verbreitete sich über das Thema der Bewertung des praktischen Gendarmenstandes. Dieser werde deshalb nicht in dem erwünschten Maß gewürdigt, weil er sich nicht vor aller Öffentlichkeit abspiele. Ein weiterer Grund für die Minderbewertung liege in der Zersplitterung der Tätigkeit der Gendarmen, wie sie in der Auftragsgebung durch die Behörden zutage trete. Hier müsse die nötige Aufklärung einfließen, um Wandel zu schaffen, damit auch dem Berufsstande des Gendarmen die gebührende Anerkennung gesollt werde, zumal an ihn heute sowohl in polizeilicher wie auch krimineller Hinsicht weit höhere Anforderungen als früher gestellt werden. Es sei erfreulich, daß auch Baden den Grundsatz, dem Lande die Gendarmen zu überlassen, aufrechterhalten habe. Ein gewisser Fortschritt in der Bewertung der Arbeit des Gendarmen sei nicht zu verkennen.

Verhandlungsleiter Wies unterstrich diese Darlegungen und bezeichnet das Sperrgesetz als ein Unrecht gegenüber den Landesbeamten.

Der Referent für Polizeifragen im Polizeiausschuß des deutschen Beamtenbundes, Ebering-Berlin sprach alsdann über die künftige Stellung der Gendarmen nach den Vorschlägen, wie sie in der Denkschrift des Polizeiausschusses des D.V.B. enthalten sind und die in der Hauptsache auf die Forderung der Gruppe V als Eingangsstufe hinauslaufen.

In die Referate knüpfte sich eine Ansprache, aus welcher die volle Zustimmung der Versammlung hervorging.

Mit der Tagung waren noch Vorträge des Regierungs- und Landjägersrats von Duisberg über die Organisation der preussischen Landjäger und des Fachlehrers Magayl von der Landjägerschule Einbeck über den Kriminaldienst der Landjäger verbunden.

Landestagung des Bad. Gendarmereibereins

Der Badische Gendarmereiberein hielt am Montag in Karlsruhe seine Vereinsversammlung ab, zu der sich seitens der Regierung u. a. Minister Memmele eingefunden hatte.

Eine Reihe von Anträgen wurde angenommen. Diese beziehen sich auf Änderung der Uniform. Baden habe die schmutzloseste Uniform von allen deutschen Ländern. Es wird gewünscht, daß das Tragen des Karabiners abgeschafft werde, da der Karabiner den Beamten bei der Ausübung seines Dienstes behindere. Der Streifenbesatz solle erneut geprüft und von aller schematischen Belastung befreit werden. Vor allem wird vorgeschlagen, daß das Fahrrad mehr zur Verwendung komme. Den Beamten solle der Übertritt in Dienststellen anderer Behörden ermöglicht werden. Auch dieser Antrag fand einstimmig Aufnahme. Die Versammlung wünschte eine Vermehrung der Zahl der Oberwachmeisterstellen.

Der Minister hob in seinen Ausführungen besonders hervor, daß die wichtigste Sorge die einer ordentlichen Besoldung sei. Die Forderung der unteren Beamtengruppen sei der Regierung wohlbekannt. Aber man müsse sich darüber klar sein, daß Deutschland über den Berg von Schwierigkeiten noch nicht hinweg sei. Den hohen Stand der Leistungen der Beamtenschaft und der Gendarmerie erkenne der Minister vollkommen an.

Reichsverwaltung und Ausstellung

Auf der Internationalen Polizeitechnischen Ausstellung in Karlsruhe ist auch die Reichsverwaltung als Ausstellerin in beachtenswerter Weise besonders vertreten. — In der städtischen Ausstellungshalle, die den der Allgemeinheit zugänglichen Teil der Ausstellung umfaßt, sind der Reichsverwaltung drei Stöcke zugewiesen. Über deren Inhalt wir schon eine Beschreibung gebracht haben.

Der Schwerpunkt der Ausstellung der Reichsfinanzverwaltung liegt aber in der Besichtigung der nur legitimierten Personen zugänglichen besonderen Ausstellung (Abt. C). Sie bietet eine dem Umfang nach überraschend großes und sehr eindrucksvolles Bild über die ebenso vielfältige wie raffinierte Art mit der von modernen Schieber und Schmuggler die Steuer- und Zollgesetze umgangen werden. Die zum Schmuggel vorgehenden Gegenstände (Schmuggelwaren, Mäde, Gefäße und Behälter mit besonderen Einrichtungen zum Schmuggel und vieles andere), sind im Original ausgestellt. Besonders glücklich erweist sich der Gedanke, auch ganz angelegte Steuerzollüberhandlungen durch Darstellung ganzer Modelle der Gewerkschaften, in denen die Hinterziehungen begangen waren, auch dem steuerrechtlich nicht besonders vorgebildeten Besucher trotz der Schwierigkeiten des Materials voll verständlich zu machen. Sehr nützlich und werksam ist auch die Ausstellung einer mit allem Raffinement ausgerüsteten durch Organe des Zollschuttdienstes besetzt gehaltenen Werkstatt zur Fälschung von Steuerzeichen.

Alles in allem bietet die Ausstellung der Reichsfinanzverwaltung nicht nur für die Beamten des Zoll- und Steuerdienstes, sondern auch für die Angehörigen der allgemeinen Polizei reiche Anregung und läßt insbesondere erkennen, wie mannigfach die Berührungspunkte zwischen der Tätigkeit der allgemeinen Polizei und der Tätigkeit der besonders zur Bekämpfung von Steuer- und Schmuggelzollüberhandlungen eingesetzten Organe sind.

Eine gestern nachmittags unter fachkundiger Leitung stattgehabte Führung zeigte das alles. Der Rundgang erstreckte sich denn auch auf die Abteilungen Fälschmanufaktur und Identifizierungsbüro.

Kommandantin Mik Allen-London in Karlsruhe

Seit Mittwoch morgen, kurz nach 11 Uhr, traf die Kommandantin der englischen Weiblichen Polizei, Mik Allen, begleitet von einer Adjutantin der englischen weiblichen Polizei auf dem Karlsruher Flugplatz zum Besuch der Internationalen Polizeitechnischen Ausstellung ein. Mik Allen hatte sich von London zuerst nach Zürich begeben und war von dort heute Morgen in einer von der Bad. Luftverkehrs-Gesellschaft zur Verfügung gestellten Junter-Maschine F. 13 nach Karlsruhe geflogen. Unterwegs hatte sich der Beauftragte der Badischen Regierung, Regierungsrat Jung, dem Fluge angeschlossen.

Bei ihrer Ankunft auf dem Karlsruher Flugplatz wurden Mik Allen und ihre Adjutantin, die in Uniform erschienen waren, von dem Regierungskommissar für die I. P. Ausstellung, Ministerialrat Dr. Wark, begrüßt und ihnen der Dank ausgesprochen für ihr Erscheinen und das Interesse, das sie damit für die Karlsruher-Ausstellung bekunden, sowie für die Überferndung der Ausstellungsgesandtschaft. Mik Allen dankte für den freundlichen Empfang und überbrachte die Grüße der englischen Weiblichen Polizei. Sie wies dabei auf die wachsende Bedeutung der Weiblichen Polizei in allen Ländern hin und sprach ihre besondere Anerkennung dar-

über aus, daß die Karlsruher Ausstellung auch das Gebiet der Weiblichen Polizei in besonderem Maße berücksichtigt habe.

Sum Besuch der Internationalen Polizeitechnischen Ausstellung ist jedoch als Vertreter von Peru der Geschäftsträger Petto E. Pautel hier eingetroffen.

Das Polizeifürsorgewesen in Baden

Vortrag von Regierungsrat Bing-Karlsruhe

Der Zweig politischer Tätigkeit, bei dem nach der besonderen Gestaltung der Aufgaben Frauen zur Mitwirkung berufen sind, hat sich erst seit Beginn dieses Jahrhunderts allmählich entwickelt. Ein geschichtlicher Rückblick zeigt, wie früher die Fürsorge ausschließlich der freien Gesellschaft, der Vereine und karitativen Verbände überlassen war und sich erst neuerdings ein Bedürfnis nach behördlicher Mitarbeit auf diesem Gebiet herausgebildet hat. In Baden sind 3 3/4 Polizeifürsorgereisen als staatliche Beamtinnen angestellt, die in den Rahmen der allgemeinen Polizeiorganisation eingegliedert und dem Polizeidirektor unmittelbar unterstellt sind. Es wurde in Baden demnach keine Trennung der fürsorglichen Aufgaben von den polizeilichen, wie dies in anderen deutschen Städten der Fall ist, vorgenommen, sondern ausgehend von dem Gesichtspunkt der präventiven Aufgabe der Polizei im allgemeinen ist die Polizeifürsorgereise in Baden in dem ihr übertragenen Aufgabebereich als Vermittlerin zwischen dem Bereich der Polizei und der Fürsorge, aber als Organ der ersteren, anzusehen. Sie ist aber nicht Organ der exekutiven Polizei, daher auch nicht Beamtin des Polizei- und Sicherheitsdienstes im Sinne der gesetzlichen Bestimmungen. Ihre dienstliche Stellung unterscheidet sich in dieser Hinsicht wesentlich von der Organisation der sog. „weiblichen Polizei“, wie sie sich in England unter der Leitung von Miss Allen und nach dem englischen Vorbild in Köln bewährt hat. Daß diese „weibliche Polizei“ als Exekutiv-Organ bei der weiteren Entwicklung auch im übrigen Deutschland Eingang finden wird, ist wohl mit Bestimmtheit anzunehmen.

Der Vortragende berührt weiter die Frage der Vorbereitungen, die die Personalkräfte der Polizeifürsorgereise zu stellen sind und, im einzelnen ihr Tätigkeitsgebiet, bei dem die Fürsorge für gefährdete weibliche Personen im Vordergrund steht. Bei den Jugendlichen sind die Aufgaben entsprechend den Bestimmungen zur Ausführung des Reichs-Jugendwohlfahrtsgesetzes zwischen Fürsorgereise und Jugendamt geteilt. Die Fürsorge ist im übrigen zunächst eine vorbeugende und augenblickliche. Ihr muß sich jedoch eine nachgehende anschließen. Mit den zuständigen Fürsorgestellen hat die Polizeifürsorgereise ständig Fühlung zu halten. Ihre Mitwirkung ist außer in der Gefährdetenfürsorge im engeren Sinne und in der Fürsorge für Gefährdetenkranken noch vorgesehen in der sog. Kellnerinnenfürsorge, der Überwachung des Lichtspielwesens und in der Bekämpfung von Schmutz und Schund. Ihre dienstlichen Aufgaben sind in einer Dienstweisung festgelegt, die ihr mit Rücksicht auf die Eigenart ihrer Aufgaben eine gewisse Selbstständigkeit der dienstlichen Betätigung verleiht.

Den großen Umfang des Arbeitsgebietes lassen Angaben aus der Praxis der Polizeifürsorgereise in badischen Großstädten klar erkennen. Sie beweisen auch, daß die Einrichtung der Polizeifürsorge, wie sie in Baden getroffen ist, als unentbehrlich anzusehen ist. Aus der Praxis ergeben sich aber auch, wie zum Schluß ausgeführt wurde, die Gesichtspunkte, nach denen ein weiterer Ausbau der Polizeifürsorge zu erfolgen hat.

Zeitschriftenschau

Neue Musikzeitung (Verlag von Carl Grüniger Nachf. Ernst Klett, Stuttgart). Auch unter dem neuen Schriftleiter, Dr. G. Enslin, bemüht sich diese bekannte illustrierte Halbmonatsschrift um musikalisch anregenden und literarisch wertvollen Inhalt. Vorliegen Heft 13—16 des 46. Jahrgangs. Man findet darin u. a. eine kritische Studie zu Cherubinis „Medea“ von G. Strobel, dann einen ausführlichen Abriss zur „Oper vor 100 Jahren“ von G. J. Nechtner, umfassend ist weiter der „Bericht einer allg. philosophischen Betrachtung über die natürlichen und kulturellen Zusammenhänge musikalischer Kunstwerke“ von L. Kallert, G. Keller. Unbekannte Briefe von C. M. von Weber, Franz Liszt werden veröffentlicht, aus Briefen Max Regers und Gustav Mahlers charakteristische Einzelheiten mitgeteilt. Andere Aufsätze stammen aus berufenen Federn von Fachleuten wie Hermann Keller, Th. Widmayer, Th. Haas, D. Schorn usw. Ausführliche Berichte nehmen Bezug auf alles Wissenswerte im gegenwärtigen Musikleben, Besprechungen von Neuerscheinungen schließen sich an. Musikbeilagen erhöhen den Wert der einzelnen Hefte. Gerade für Südwestdeutschland ist die Neue Musikzeitung die unentbehrliche Fachzeitschrift und wer besten Kreisen zu empfehlen. Wer etwa diese bekannten gelben Hefen noch nicht kennt, sollte sich vom Verlag (gegen 1 Pfennig) einmal ein Probeheft kommen lassen. Er wird umso eher Abonnent werden, da der vierteljährliche Bezugspreis bei der Fülle des Gebotenen sehr gering zu nennen ist.

Automatische Fernsprech-Anlagen jeden Systems in Kauf und Miete Feuermelder u. Alarm-Anlagen Elektrische Uhren STÄNDIGE AUSSTELLUNG



Badische Telefon-Gesellschaft m. b. H. Karlsruhe in Baden Gartenstraße 4 Telefon 4982 Eine Minute vom Ausstellungs-Gelände